Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 33 — September 1973

Was lehrt die Bürgerversammlung?

Der Kampf zur Erhaltung der Selbständigkeit der Städte Mörfelden und Walldorf wird sicher komplizierter sein, als es manchem Bürger vor der großen Versammlung erschienen sein mag. Kompliziert vor allem deshalb, weil die Weichen offensichtlich schon weiter gestellt sind, als man annahm. Dies wurde vor allem deutlich an dem Theater, das der Landtagsabgeordnete Lang (SPD) aufführte. Als Wahlkreiskandidat ist er für die Selbständigkeit und als Landtagsabgeordneter ist er dagegen. Was soll bei einer solchen Haltung wohl herauskommen?

Ernster aber muß noch stimmen, daß die CDU versuchte, den Rahm abzuschöpfen, indem sie sich als Sprecher der Bürgerinteressen ausgab und deutlich Stimmung gegen Wiesbaden zu machen suchte. Dort regiert ja SPD und FDP, so daß die CDU hofft, an diesem Streit ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Doch dieses darf man ihr nicht durchgehen lassen. Es gilt, an folgendes zu denken:

1. In allen von der CDU/CSU regierten Bundesländern wird die Zusammenlegung der Gemeinden ebenso rigoros betrieben wie hierzulande.

2. Der hessische „Dregger Plan" der CDU sieht die Schaffung großer Verwaltungseinheiten und die Zerstörung gemeindlicher Selbstverwaltung ebenso vor, wie die Wiesbadener Pläne. Dies ist vor allem deshalb so, weil die CDU ihre Denkanstöße, ihr Geld und ihre Regierungskonzeption von der großen Industrie erhält und sich deshalb den Belangen der Kon- ▷

zerne und Banken sehr verpflichtet fühlt. Nicht umsonst sitzen einflußreiche CDU-Vertreter in den Aufsichtsräten großer Monopolbetriebe.

3. Der CDU-Plan aus Frankfurt hat Mörfelden und Walldorf längst vereinnahmt. In Frankfurt reden die CDU-Vertreter für diesen Plan und im Umland spielen sie sich zu Verfechtern der gemeindlichen Selbstverwaltung auf.

Es ist nachdrücklich davor zu warnen, hinter den CDU-Vertretern herzulaufen. Daß es in den Städten und Gemeinden heute an Finanzkraft gebricht,

Über 1.000 Einwohner aus Mörfelden und Walldorf füllten die Sporthalle der Gesamtschule.

hängt vor allem damit zusammen, daß alle von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen die Städte und Gemeinden steuerlich mit nur 10,7 % am Gesamtsteueraufkommen beteiligt haben.

Auch wenn die CDU-Vertreter es nicht hören wollen und ein wildes Geheul in Bürgerversammlungen entfachen: Die CDU/CSU hat wertvolles, materielles Vermögen, insgesamt 220 Mrd. DM, in die Aufrüstung gesteckt und die heutige Finanznot der Städte und Gemeinden damit vorrangig verschuldet.

Der Ausweg aus dieser Misere ist aber jetzt nicht ein Verwaltungsakt und nicht die Zerstörung der gemeindlichen Selbstverwaltung, sondern vor allem eine Stärkung der realen Finanzkraft der Städte und Gemeinden durch Erhöhung des Anteils der Kommunen am Gesamtaufkommen auf 20 %.

Das setzt andere Prioritäten im Bonner Haushalt voraus. Willy Brandt und Helmut Schmidt stimmen noch immer aber für den Anstieg des Rüstungsetats.

Die DKP ist der Meinung, daß die Entwicklung aufgehalten werden muß. Nachdrücklich fordern wir:

Abwehr aller Pläne, die zur Zerstörung der gemeindlichen Selbstverwaltung führen.

Wir fordern eine Bürgerbefragung noch vor dem Anhörungsverfahren, damit der Wille der Bevölkerung deutlich für alle manifestiert wird.

Ohne Bürgerbefragung keinen Mehrzweckpflichtverband und keine Fusion Mörfelden—Walldorf.

Dr. Ellen Weber, stellvertretende Landesvorsitzende und Rudi Hechler, Kreisvorsitzender, vertraten im Podium die Meinung der Deutschen Kommunistischen Partei

Zum Nachdenken

Besonders von CDU-Vertretern aus Walldorf wurde auf der Bürgerversammlung der Diskussionsbeitrag von Rudi Hechler mehrmals unterbrochen. Wir bringen diesen Beitrag heute im Wortlaut, damit die Argumente „in Ruhe" durchdacht werden können. Sicher wird vielen Lesern deutlich, warum die CDU lärmte.

Liebe Mörfelder, liebe Walldorfer!

Die Bürger unserer beiden Städte sind sich einig, daß die Pläne aus Wiesbaden nicht durchkommen dürfen.

Das müssen die Planer am „grünen Tisch" jetzt einkalkulieren.

Die Unterschriftenaktionen, diese Versammlung, das gemeinsame Vorgehen der Parteien in Mörfelden und Walldorf sind Aktionen demokratischer Notwehr.

Demokratie muß vom Volke ausgehen. Wie wenig demokratisch ist jetzt das Verhalten unserer Obrigkeit. Da traut sich ein FDP-Innenminister nicht mehr unters Volk. Da droht ein SPD-Landtagsabgeordneter mit den Worten: „Die Reform wird exekutiert." Da steht ja wohl auch der SPD-Landrat auf der anderen Seite der Barrikaden, zumindest er schwankt. Er wird halt auf der Seite der stärkeren Bataillone zu finden sein. Was bleibt uns da anderes übrig, als die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Und wir haben allen Grund dazu. Kommt der Mehrzweckpflichtverband, dann steigen mit Sicherheit die Belastungen, dann wird von oben verplant, dann wird Demokratie abgebaut, dann droht die Regionalstadt. Wer allerdings glaubt, man müßte jetzt Mörfelden und Walldorf fusionieren, um den MZPV abzuwehren, der ist gründlich auf dem Holzweg.

Der Moloch Frankfurt würde auch nach dem großen „Wallmö" greifen, das ist sicher. Und wer den MZPV ablehnt, weil er für eine bürgernahe Verwaltung ist, der muß natürlich auch gegen eine Fusion sein. Die chronische Finanznot unserer beiden Städte wird zudem auch nicht besser, wenn man fusioniert.

Mehr Geld kommt nur in die Stadtsäckel durch eine Steuerumverteilung des Bonner Haushaltes zu Lasten der großen Profitmacher und des Rüstungsetats.

Wenn man gegen den MZPV und gegen eine Fusion ist, kriegt man oft gesagt: „Du bist ein Kirchtumpolitiker." oder „Ihr fürchtet um Eure Mandate." Daß es viel mehr sein kann, erkennen allerdings immer mehr Bürger. Jetzt erst hat Stadtverordnetenvorsteher Oeser darauf verwiesen, daß Ballungsräume nicht weiter wuchern dürften, weil Folgelasten die Vorteile überwögen.

Ich meine, das gilt auch voll und ganz für unser Gebiet. Wir merken, wie auch bei uns die Wohngebiete immer mehr wachsen, da entstehen gigantische architektonische Alpträume in Walldorf und in Mörfelden. Wem nützt es? Den Konzernen, sie können in den Ballungsgebieten leichter Profite machen, den ▶

▼ Spekulanten und ein paar Baulöwen. Die Städte aber werden in der Regel immer ärmer, wenn sie größer werden.

Die Folgelasten der massenhaften Bebauung sind jetzt schon ersichtlich. Wir ersticken im Verkehr, das Gesundheits- und Bildungswesen kommt nicht mehr mit. Was die Fusion Mörfelden/Walldorf betrifft, bin ich eigentlich der Meinung unseres Bürgermeisters Kurt Bachmann. Vor einem Jahr meinte er: „Inwieweit aber letztlich die Kooperation gehe, muß der Bürger entscheiden." So denkt auch die DKP-Mörfelden. Wir meinen, ohne eine demokratische Abstimmung der Bevölkerung, ohne eine Bürgerbefragung keine Fusion und keinen Mehrzweckpflichtverband.

Heute wird viel von besserer Lebensqualität gesprochen. Wir meinen, bessere Lebensqualität muß zunächst heißen: Bessere Lebensqualität für die arbeitende Bevölkerung.

Denken wir daran: Die Herren der großen Konzerne leben in feudalen Villen in der freien Natur — uns kleinen Leuten soll wohl nur der Asphaltdschungel bleiben! Die Heimat der reichen Nichtstuer ist überall, wo es schön ist auf der Welt. Unsere Heimat ist hier, wo wir wohnen und arbeiten. Hier wollen wir und hier sollen unsere Kinder menschenwürdig leben.
DARUM GEHT ES !!!

In eigener Sache

Die CDU-Mörfelden freut sich in ihrem „Stadt-Echo" über einen „blickpunkt"-Satz in der April-Ausgabe: „Die monatliche Herausgabe des „blickpunkt" bereitet uns zunehmend finanzielle Schwierigkeiten."

Die Mörfelder Christdemokraten, die einer Partei angehören, die nachweislich Millionen von der Großindustrie erhält, vermutet die „blickpunkt" - Finanzquelle im Osten.

Wenn es so wäre, hätten unsere Kassierer sicher keine grauen Haare. Tatsächlich brauchen wir jeden Groschen — der „blickpunkt" kostet einen Haufen Geld.

Monat für Monat erreichen uns zahlreiche Spenden der Mörfelder. Dafür bedanken wir uns herzlich. Monat für Monat müssen wir aber trotzdem die Bitte an alle Leser richten: Helft, damit der „blickpunkt" weiter erscheinen kann.

Kub(b)ismus

Der „Blickpunkt" ist eine Zeitung, die Partei ergreift. Daß hier Kommunisten ihre Meinung schreiben, weiß jeder. (Daß Beiträge anderer ebenfalls gebracht werden, ist auch bekannt.) Sollte das jemand nicht wissen, braucht er es nicht mühsam herauszufinden — auf der ersten Seite steht es gedruckt: „Stadtzeitung der DKP Mörfelden". Wir sind für klare Verhältnisse: Jeder sieht, hier schreibt Marx mit, wir vertreten den Marxismus.

Bei anderen Zeitungen sieht man so etwas allerdings nicht so schnell. Beispielsweise beim „Freitags-Anzeiger". Wer schreibt hier mit? Was wird hier vertreten?

Wir haben es jetzt herausgefunden: Kubb schreibt mit. Es wird der Kubbismus vertreten. Was ist das? Wir haben im großen Dudenlexikon nachgeschaut. Da steht: „Kubismus, (griech/lat), mod, Kunstrichtung des frh. 20. Jhs., ausgehend von Cezanne.....Auflösung des Organischen in geometrische Formen, Betonung des Kubischen, Ablösung vom Sichtbaren..."

Und damit hatte Duden verdammt recht. Tatsächlich stammt ein beträchtlicher Teil der Berichterstattung im „Freitags-Anzeiger" von CDU-Kubb — Betonung des Kubbischen, der Duden sagt es. Tendenzen bleiben dabei natürlich nicht aus.

Wir wollen gar nicht mit dem Zentimetermaß messen, wieviel Raum der Berichterstattung über die CDU (direkt und indirekt) eingeräumt wird als z.B. der SPD, F.D.P. oder gar uns. (Aber es ist ein ganzes Ende mehr.) Auch glaubt man im „Freitags-Anzeiger", immer dieselben mit Satiren aufs Korn nehmen zu müssen, nämlich SPD, DKP und SDAJ. (Nix gegen Satiren, im Gegenteil, aber gibt es an der CDU nichts zu verscheißern? Wir wüßten jedenfalls eine ganze Menge...) Schlimm wirds halt nur, wenn in echt kubbistischer „Ablösung vom Sichtbaren" (Duden) Sachen geschrieben werden, die sich arg von dem abgelöst haben, was für jeden sichtbar ist. Schon mehrmals mußten deshalb Vereine und Privatpersonen energisch protestieren und Richtigstellungen verlangen.

Dabei hätte man's doch gar nicht nötig! Schließlich besitzt doch die CDU in Mörfelden eine eigene Zeitung, in der sie ausschließlich ihre Meinung darlegen kann. Aber der „Freitags-Anzeiger" soll die Zeitung sein und bleiben, die für ALLE da ist. howa

Pressefreiheit

Wir haben uns schon langsam daran gewöhnt, daß die Meinung der DKP in der Presse kaum abgedruckt wird.

Da passieren schon die tollsten Sachen. So wissen wir von einem Schriftsetzer der „Frankfurter Rundschau", daß mehrmals kurz vor dem Druck aus fertig umbrochenen Seiten Artikel herausgenommen wurden, die über DKP-Aktivitäten berichteten. Die „Frankfurter Neue Presse", die ebenfalls nur ab und zu, und dann noch völlig verstümmelt, von der DKP druckt, veröffentlichte am 11.9.73 einen Kommentar, den man nicht ohne Antwort lassen kann, da er einige grobe Verdrehungen enthält.

So wird behauptet, die DKP wäre nur gegen die Fusion Mörfelden/Walldorf, weil sie dann möglicherweise unter die 5 %-Klausel fiele.

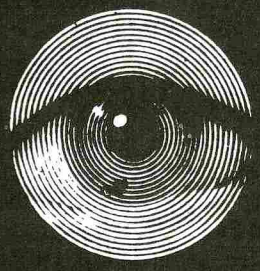
Das ist einfach Blödsinn. Wir meinen zunächst, Leute, die für die Fusion plädieren, um den Pflichtverband abzuwehren, gleichen Menschen, die aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen.

Sicher ist die Mehrheit der Mörfelder gegen die Fusion — und das sind ja nicht alles Kommunisten. Die Mörfelder haben eben ihre Gründe dafür. Darüber wurde schon oft gesprochen und geschrieben. Und die DKP ist auch in anderen Gemeinden gegen Zusammenschlüsse, die nicht der Bevölkerung dienen; obwohl sie dort überhaupt noch keine Mandate errungen hat.

Selbstverständlich verschweigt die „Frankfurter Neue Presse" (bei der aus jedem Furz der CDU eine halbe Seite entsteht) die Argumentation der DKP. Es zeigt sich wieder einmal, wie abhängig die bürgerliche Presse von den Anzeigen des Großkapitals ist.

Die DKP hat übrigens ihre Argumente zur Fusion und zum Mehrzweckpflichtverband in einer ausführlichen Dokumentation zusammengestellt. Sie ist bei allen Mitgliedern der DKP und bei dieser Zeitung zu erhalten.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Sandkästen

Mit meinen Eltern fahre ich jedes Jahr mit dem Fahrrad zum Waldfest. Ich freue mich immer riesig auf das Waldfest. Mein Vater auch, denn da gibt es viel Bier. Beim Kinderspielplatz bin ich anzutreffen. Dort war dieses Jahr ein Fort wie im wilden Westen, ganz aus Holz. Rutschbahnen und Klettertürme fand ich klasse. Auch die Eisenbahn gefiel mir. So Spielzeug müßte auch auf Spielplätzen in Mörfelden stehen. Dort gibt es aber nur alberne Kletterstangen, Sandkästen und Schaukeln. Für größere Kinder gibt es nichts.

Sabine

Waldfest in Mörfelden

Alle Jahre wieder startet das Waldfest und man konnte vernehmen, daß es „schöner als die Kerb" geworden ist.

Hörte man die Reden der Offiziellen bei der Eröffnung des Festes im Wiesental und las die Zeitungsberichte, so konnte man den Eindruck erlangen, um Wald und Umwelt wird jetzt endlich das nötige getan. „Die Appelle der Vergangenheit haben gefruchtet." „Die Bevölkerung ist aufgeklärt." „Die Behörden reagieren auf die berechtigten Befürchtungen um die Zukunft der Bürger."

„Gesetze zum Schutz der Umwelt sind in Bonn in Vorbereitung." Man kann den Eindruck haben: Jetzt wird alles getan, Du brauchst Dich nicht mehr bemühen. Die nötige Sorgfalt zur Erhaltung des Lebensraumes ist sowohl bei Behörden als auch bei Politikern gegeben. Anstatt Schläfrigkeit und Gleichgültigkeit ist aber erhöhte Wachsamkeit und Mitsprache der Bürger vonnöten.

Angesichts der Bedrohung der Umwelt in unserem Ballungsraum durch Kiesausbeute, durch das Langener Freizeitprojekt, durch die geplante Flughafenerweiterung, durch die Bebauung der Freifläche zwischen Mörfelden und Walldorf, durch Straßen- und Eisenbahnbau mitten durch den Wald finde ich solche Reden geradezu gefährlich.

Waldkonzerte/Waldfestspiele — ein Volksfest mit ernstem Hintergrund. Wird dieser ernste Hintergrund vom Besucher eigentlich gesehen?

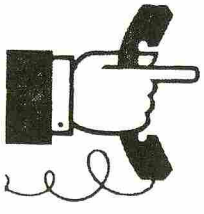
Rudolf Dötsch

Brief

Heißes Eisen

Endlich hat der „blickpunkt" wieder ein heißes Eisen angefaßt. Es ist geradezu skandalös, daß die Stadt ein Gewerbegebiet ausweist, damit die störenden Betriebe aus der dichtbevölkerten Innenstadt herauskommen und Gewerbetreibende bauen Bungalows und Wohnhäuser zum Vermieten. Nach meiner Ansicht hätte es keine Baugenehmigung für „Nur-Wohneinheiten" geben dürfen. Mir geht es um die Unmöglichkeit der Vergabe von Baugenehmigungen. Genauso wie man im Wohnbaugebiet keine Genehmigung bekommen würde zum Bau eines Gewerbebetriebes mit Werkhalle und Lagerplatz, dürften im Gewerbegebiet keine Miethäuser entstehen. Ebenso skandalös finde ich, daß die Stadt das Gelände zu 15,— DM pro qm verkauft hat. Auf der anderen Seite gibt es aber bauwillige Arbeiter, die auf Bauplätze des freien Grundstückmarktes angewiesen sind und das Zehnfache bezahlen müssen.

D.R.



Hier finden Sie die DKP:

3166	**3322**
Rudolf Dötsch	Sofie Haag
3335	**2362**
Heinz Hechler	Rudi Hechler

Ab 1. Oktober Tageszeitung!

Die UZ ist Eure Zeitung

Die UZ ist die einzige Tageszeitung, die vom herrschenden Großkapital unabhängig ist. Keinerlei Fäden verbinden sie mit dem bestehenden großkapitalistischen Profitsystem. Die UZ ist die einzige Tageszeitung, die der Ausbeutung, Entwürdigung und Entrechtung des Menschen in diesem System den Kampf ansagt.

Die UZ ist die einzige Tageszeitung der Bundesrepublik, die der Meinungsmanipulation der Herrschenden die Wahrheit der arbeitenden Menschen entgegensetzt. Die einzige Tageszeitung, die wahrheitsgetreue Information mit kämpferischem Engagement für Demokratie und Freiheit, für gesellschaftlichen Fortschritt und eine konsequente Friedenspolitik verbindet. Deshalb ist die UZ die Tageszeitung für jeden Demokraten!

Die UZ ist die Tageszeitung für jeden Gewerkschafter. Denn sie steht ohne Einschränkung an der Seite dieser größten Arbeiterorganisation unseres Landes, wenn sie für die soziale Besserstellung und die politischen Interessen der arbeitenden Menschen kämpft. Die UZ widmet der Arbeit der Gewerkschaften so viel Raum, konstruktive und kritische Aufmerksamkeit wie keine andere Tageszeitung der Bundesrepublik.

● **Unterstützt das große Vorhaben, eine vom Großkapital unabhängige Tageszeitung der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik zu verbreiten!**

Je stärker die UZ, desto stärker und wirksamer ist die Stimme der arbeitenden Menschen, die Stimme des Kampfes für Demokratie, Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt!

Werdet Abonnenten der UZ-Tageszeitung!
Werbt Kollegen, Freunde und Bekannte als UZ-Leser der Tages- oder Wochenzeitung!
Unterstützt die Herausgabe der UZ durch Spenden!

Weg mit dem Berufsverbot

Während sich in Europa ein Wandel vom kalten Krieg zur Entspannung vollzieht, wird im Innern der Bundesrepublik der kalte Krieg massiv fortgesetzt, Reaktionäre aller Schattierungen bemühen sich, die Hetze gegen die Mitglieder der DKP anzuheizen.

Mit dem Berufsverbot der Ministerpräsidenten der Bundesländer soll verhindert werden, daß Kommunisten und andere fortschrittliche Demokraten, als Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte, Sozialpädagogen, Richter in den öffentlichen Dienst eingestellt werden.

Damit wird gleichzeitig der Gesinnungsschnüffelei, Diffamierung, Denunziation und Einschüchterung Tür und Tor geöffnet. Der CDU-Abgeordnete Friedrich Vogel konnte beruhigt feststellen: „...Die CDU habe mir diesem Beschluß ihre Vorstellungen voll durchgesetzt."

Immer größere Teile der Bevölkerung nehmen diese Angriffe und Einschüchterungsversuche allerdings nicht mehr widerspruchslos hin. Allein in Köln haben sich 26 Betriebsräte für die Einstellung des Assessors Volker Götz ausgesprochen. Sozialdemokraten, Christen, Liberale, Gewerkschafter und Kommunisten wenden sich gegen den verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschluß. In Hessen hat sich Ministerpräsident Oswald gegen diesen Beschluß ausgesprochen.

Der Druck der demokratischen Öffentlichkeit erreichte bereits in einer Reihe von Fällen die Zurücknahme der Berufsverbotsmaßnahmen gegen Lehrer an Schulen und Hochschulen, gegen Juristen und Ärzte. Internationale Solidarität und Proteste haben sich hierbei als wertvolle Unterstützung erwiesen. Wir meinen, es ist eine historische Erfahrung, daß Antikommunismus, die Aushöhlung demokratischer Rechte, der Verketzerung fortschrittlicher Gedanken, nicht nur bis zur Abschaffung der Demokratie, sondern auch bis zur Gefährdung des Friedens führen. Solche Erfahrungen liegen hierzulande nicht einmal dreißig Jahre zurück. Im Ausland haben die Berufsverbote vor allem deshalb Beachtung gefunden und Besorgnis erregt, weil sie an solche Vorgänge erinnern. 1973 ist aber nicht 1933! Überall in der Welt sind die Kräfte des Fortschritts stärker geworden, auch in unserem Lande.

Versuche, die gefaßten grundgesetzwidrigen Beschlüsse zu modifizieren, reichen nicht aus: Der Beschluß der Ministerpräsidenten muß aufgehoben werden! Wir fordern:

Ausgesprochene Berufsverbote müssen rückgängig gemacht werden. Berufsverbote und Diskriminierung von Sozialisten und anderen Demokraten im öffentlichen Dienst müssen aufhören. Wir fordern alle fortschrittlichen Bürger auf, in ihren demokratischen Organisationen zu wirken, damit das Berufsverbot endlich fällt.

Mit dieser Broschüre, die vom Referat Öffentlichkeitsarbeit beim Parteivorstand der DKP herausgegeben worden ist, werden neun Fragen zum Berufsverbot aus der Diskussion um die Zulassung von Kommunisten in öffentliche Ämter beantwortet. Die Broschüre ist beim Parteivorstand und bei allen Kreisbüros der DKP zu erhalten.

Solidarität mit dem Volk von Chile!

Reaktionäre, faschistische Militärkreise haben in Chile einen Putschversuch gegen die vom Volk freigewählte Regierung unter Präsident Allende unternommen. Hinter den Verschwörern stehen der amerikanische Geheimdienst CIA, US-Konzerne und die ultrarechte Reaktion Chiles. Sie wollen die fortschrittlichen und demokratischen Errungenschaften des chilenischen Volkes zerschlagen. Sie wollen das Land an den Abgrund eines Bürgerkrieges stürzen.

Wir wenden uns an die Arbeiter, an die Jugend, an alle demokratischen Kräfte unseres Landes: Übt jetzt aktiv antiimperialistische Solidarität mit der chilenischen Volksregierung. Was in Chile geschieht, geht jeden von uns an. Es geht um die Verteidigung der Interessen von Arbeitern, Bauern, der Mittelschichten — aller demokratischen Menschen. Es geht um die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Die Putschisten dürfen nicht durchkommen. Sie wollen das Land und seine arbeitende Bevölkerung wieder dem amerikanischen Großkapital ausliefern und die Völker Latein-Amerikas in Unterdrückung und Knechtschaft halten.

Der Putschversuch in Chile zeigt: Der Feind steht überall rechts. Das chilenische Volk braucht jetzt die tatkräftige Unterstützung der Weltöffentlichkeit.

Was in Chile geschieht, geht jeden von uns an!

Es geht um die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des chilenischen Volkes!

Die deutsche Geschichte, die blutige Herrschaft des Faschismus in unserem Lande, hat uns gezeigt, daß die Rechte vor keinem Mittel der Gewalt zurückschreckt, um den demokratischen Fortschritt zu verhindern.

Was den Militaristen und Faschisten in Griechenland und Spanien gelang, darf sich in Chile nicht wiederholen.

Sie dürfen nicht durchkommen!

DKP – INFORMATION
für Arbeiter und Angestellte

Zehntausende Arbeiter und Angestellte haben in den vergangenen Wochen zur Durchsetzung von Teuerungszulagen spontan die Arbeit niedergelegt. Die DKP stand und steht voll auf der Seite der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Belegschaften. In zahlreichen Betrieben und Verwaltungen wächst auch jetzt noch die Unruhe über die außerordentlich gestiegenen Lebenshaltungskosten und die enormen steuerlichen Belastungen.

Wer ist schuld ?

Die Urheber für die spontanen Streiks und die wachsende Unzufriedenheit in den Betrieben sind die Herren der Großindustrie. Sie haben mit Unterstützung der Bundesregierung auf der einen Seite ein rücksichtsloses Preisdiktat durchgesetzt und weigern sich auf der anderen Seite, den Arbeitern und Angestellten Teuerungszulagen zu gewähren. Das radikale Profitstreben der Großunternehmer hat die Inflation angeheizt.

Die Unternehmer verschärfen die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, wie es in einer um 7 Prozent gestiegenen Produktivität und verstärkten Arbeitshetze zum Ausdruck kommt. Die Ergebnisse der erhöhten Arbeitsleistungen fließen allein in die Taschen der Unternehmer und schlagen in einer neuerlichen Gewinnexplosion zu Buche. Schuld an dieser Misere ist das kapitalistische System.

Preise steigen schneller als die Löhne

Der völlig unzureichende Abschluß von 8,5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung zum Jahresbeginn ist durch die Preislawine, die unsoziale Lohnsteuerprogression und höhere Versicherungsbeiträge längst aufgezehrt. Als die IG Metall im Mai 1973 einen Nachschlag zu den unzureichenden 8,5 Prozent forderte, hat „Gesamtmetall" dies brüsk abgelehnt.

Die spontanen Arbeitsniederlegungen und in anderer Form geführten betriebliche Kämpfe unter Leitung der gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper haben in vielen Betrieben die Unternehmer zu Teilzugeständnissen gezwungen. Auch in zahlreichen hessischen Betrieben war es möglich, Aufbesserungen durch betriebliche Abkommen zu erreichen.

CDU auf Seite der Konzerne

Die Aktionen der Arbeiter und Gewerkschafter für Teuerungszulagen hatten die Bosse von Großindustrie und Banken veranlaßt, massiv gegen die für ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Arbeiter vorzugehen. Einer der reaktionärsten Vertreter der Unternehmerinteressen, der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger, verlangte in einem provokatorischen 5-Punkte-Programm eine konzertierte Aktion der Unternehmer und der Bundesregierung gegen die Gewerkschaften. Danach sollen die Gewerkschaften gezwungen werden, sich von den kämpfenden Arbeitern zu trennen. Dregger verlangte „den ganzen Einsatz der Regierung" und besonders des Bundeskanzlers Brandt gegen die kämpfenden Arbeiter. Offensichtlich soll wie bei den Hella-Werken in Lippstadt und bei Pierburg in Neuß mit der Polizei der Kampf um Teuerungszulagen unterdrückt werden.

Minister einig mit Unternehmern

Wir erleben heute eine beispiellose Diffamierungskampagne gegen die berechtigten Lohnforderungen der arbeitenden Bevölkerung und gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik, wie der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer betonte. Die Unternehmerverbände versuchen alles, um von der maßlosen Gewinnexplosion abzulenken. Sie erhalten dabei Schützenhilfe nicht nur von Dregger und Strauß, sondern auch von der Bundesregierung. Die Bundesminister Friderichs (FDP) und Schmidt (SPD) malen das Gespenst der Arbeitslosigkeit an die Wand, falls die Gewerkschaften Lohnforderungen von zum Beispiel auch nur 15 Prozent anmelden würden. Finanzminister Schmidt empfiehlt deshalb den Unternehmern, sie sollten mit der Veröffentlichung ihrer Gewinne etwas zurückhaltender sein, um die Arbeiter nicht unnötig zu beunruhigen. Tatsache ist aber, daß im Kapitalismus niemals Lohnerhöhungen, sondern stets unzulängliche Massenkaufkraft zu Krisen und Massenarbeitslosigkeit führen. Darum sind, um auch die Arbeitsplätze sicherer zu machen, entsprechend hohe Lohnaufbesserungen notwendig.

Auf wessen Seite steht der Kanzler ?

Von einem Bundeskanzler, der mit den Stimmen der Arbeiter gewählt wurde, müßte erwartet werden, daß er ihre Interessen vertritt. Er hat sich aber bisher nicht mit den Streikenden solidarisiert. Im Gegenteil. Er bemüht sich, die Arbeiter und Gewerkschaften von der aktiven Lohnpolitik abzubringen und redet faktisch einem Kurztreten das Wort. Damit vertritt er objektiv die Interessen der Unternehmer.

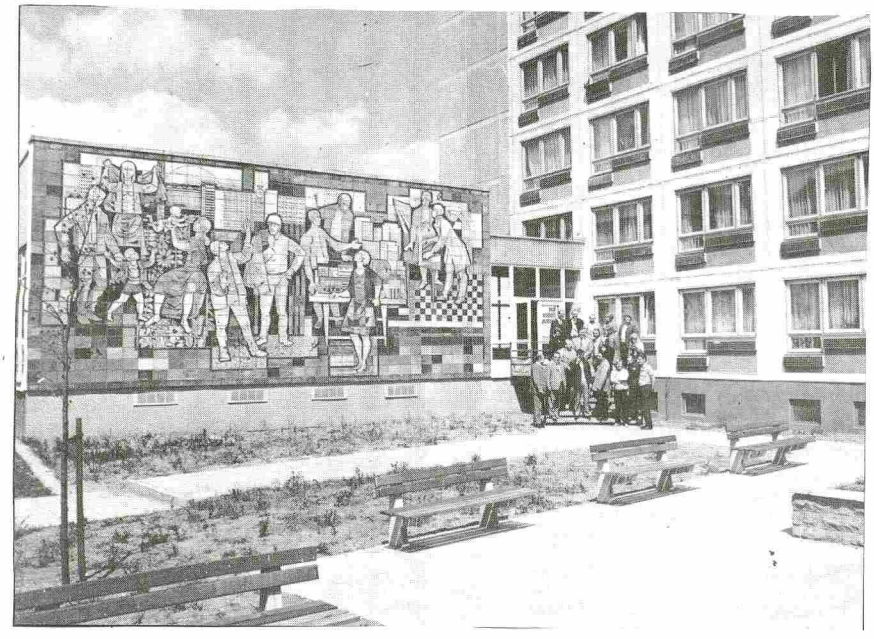
Die Gewerkschaften sollten den Arbeitern folgen, daß es nicht darauf ankommt, den für Anfang 1974 fälligen Tarifvertrag vorzuziehen, sondern den unzureichenden Abschluß von Beginn dieses Jahres durch eine tarifvertragliche Teuerungszulage zu korrigieren.

Je mehr durch betriebliche Aktionen Teuerungszulagen erkämpft werden, desto stärker sind die gewerkschaftlichen Positionen.

Zugleich werden damit die Auseinandersetzungen für die Tarifrunde am Jahresende vorbereitet. Die Diskussionen über die Höhe der Forderung hat schon begonnen.

Die DKP steht in den Auseinandersetzungen konsequent an der Seite der kämpfenden Arbeiter und Angestellten. Sie unterstützt auch die Meinung, daß es in diesen Auseinandersetzungen notwendig ist, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken.

DDR
INFORMATIONEN
TATSACHEN



Eine Delegation hessischer Kommunalpolitiker der DKP besuchte den Bezirk Erfurt. Stadtverordneter Erich Schaffner und der Vorsitzende der DKP-Mörfelden nahmen an der Reise teil. Hier der 2. Teil ihres Berichtes. (Unser Bild: Die Delegation vor dem Bauarbeiter-Hotel in Erfurt.)

Das Bauarbeiter-Hotel

Das von der DKP-Delegation in Erfurt besuchte Baukombinat hat 5 000 Beschäftigte. Das Kombinat ist spezialisiert auf den Bau von Wohnungen, Schulen und Kindergärten.

Im Jahr 1972 wurden 4 200 Wohnungen, 26 Schulen und 16 Kindergärten fertiggestellt.
Es ist klar, daß nicht alle Bauarbeiter in Erfurt wohnen. Viele kommen aus der Umgebung der Großstadt und wohnen mit ihren Familien in kleineren Gemeinden des Umlandes.

Ein Problem, das wir auch aus der Bundesrepublik kennen. Wer kennt nicht die vielen VW-Kombiwagen, die 8 oder 10 Bauarbeiter täglich von der Röhn, vom Vogelsberg oder dem Odenwald nach Frankfurt transportieren. Wieviele Kollegen des Bauberufes wohnen die Woche über in den bekannten Wohnwagen und Hütten der jeweiligen Baufirma. Welcher kapitalistische Betrieb käme auf die Idee für die Arbeiter Hotels zu errichten, die ihnen während der Woche als Wohnung zur Verfügung stehen?

Im sozialistischen Staat, in der DDR, ist das möglich. Das Wohnungsbaukombinat Erfurt hat ein Bauarbeiterhotel errichtet und stellt insgesamt 1 400 Betten in diesem und zwei weiteren Hotels zur Verfügung. Der Preis pro Nacht beträgt 1,50, die der Arbeiter von seinen 7,00 Mark Auslösung pro Tag bestreitet. Im Hotel ist ein ständiger Arzt und eine Ambulanz, ebenso Einrichtungen der Unterhaltung, des Sports und der Erwachsenenbildung. Eine große Küche im Hotel sorgt ganztägig für warmes Essen, das zu Großhandelspreisen abgegeben wird.

Der Kombinatsleiter erklärte uns in einem Gespräch: „Die Zeiten, da die Arbeiter mit wenig Aufwand in Baubuden untergebracht wurden, haben wir weit hinter uns gelassen. Da die gesamte Gesellschaft über den in den volkseigenen Betrieben erarbeiteten Gewinn verfügt, können soziale Einrichtungen, wie z.B. das Bauarbeiterhotel geschaffen werden."

Am Ende des Jahres entscheiden die Kollegen in Verbindung mit der Betriebs- und Gewerkschaftsleitung über die Verwendung der Gewinnmittel des Betriebes. Neben dem Bauarbeiterhotel verfügt das Wohnungsbaukombinat Erfurt über Kinderferienlager, Ferienheime und Einrichtungen des Gesundheitsschutzes.

In der DDR verwirklicht sich durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse der Grundsatz, den der DGB vor Jahren für die Bundesrepublik aufgestellt hat: „Was des Volkes Hände schaffen – soll des Volkes eigen sein".

Um diesen Grundsatz zu verwirklichen muß die Macht des Großkapitals überwunden werden.

☐ Ich möchte weitere Informationen

☐ Ich möchte Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Wohnort

Straße

Abtrennen und einsenden

Vergleiche

— einmal ganz anders

Wie reich die Bundesrepublik ist, zeigt sich allein daran, daß wir erheblich mehr Reiche haben als die DDR.

Wie hoch die Bundesrepublik entwikkelt ist, zeigt sich schon daran, daß auf jedes Kind im Vergleich mit der DDR erheblich mehr Parkplätze entfallen.

Wieviel mehr Chancen die Arbeiter in der Bundesrepublik haben, zeigt sich schon darin, daß die Chance einen Arbeitsunfall zu haben, bei uns doppelt so hoch ist als in der DDR. Das Angebot an Berufskrankheiten wird sogar laufend erweitert.

Bei uns hat der Arbeiter eben das Recht, sich erheblich mehr bieten lassen zu müssen. In der DDR dagegen ist alles verboten:

- **die Deutsche Bank**
- **die ITT**
- **Dr. Oetker**
- **Gunter Sachs**
- **Helmut Horten**
- **Jaqueline Onassis und vieles mehr, was der Arbeiter so zum täglichen Leben braucht.**

Ferner sind folgende Sozialleistungen, die die Bundesrepublik auszeichnen, in der DDR nicht erlaubt:

- **Preiserhöhungen**
- **Mieterhöhungen**
- **Krankenhausgebühren**
- **Lehrermangel**

Außerdem sind in der DDR verboten:

- **wirtschaftliche Krisen**
- **Aufschwünge nach Maß**
- **überhitzte Konjunkturen**
- **Entlassungen**
- **Konjunkturzuschläge**
- **Stillegungsprämien**
- **Dividendenerhöhungen**
- **Inflationen**
- **Leichtlohngruppen für Frauen und alles andere, was sonst noch den Kapitalismus für den Arbeiter so attraktiv macht.**

Tja, wir haben schon ein großes Glück, daß wir in der Bundesrepublik leben dürfen.

Aus dem Programm der „Floh de Cologne"

Antikriegstag in Mörfelden

Auf einer von der DGB-Jugend initiierten Veranstaltung zum Antikriegstag am 1. September sprach im Bürgerhaus Professor Dr. Jürgen Redhardt aus Gießen. Der Referent attackierte in scharfer Form Verteidigungsminister Leber, der es überaus wirkungsvoll verstehe, das alte Gerede vom expansiven, unruhigen Nachbarn neu zu garnieren und dann in einen sattsam bekannten Schützengrabenjargon zu verfallen, „der selbst die jungen und alten Militärstrategen von CDU/CSU zu Beifallstürmen hingerissen hat".

Fortfahrend geißelte der Referent, deshalb habe man das fatale Ergebnis vorzuweisen, daß unter der Ägide sozialdemokratischer Minister die westdeutschen Militärausgaben mit 38 Milliarden Mark die vergleichbaren Aufwendungen von Großbritannien und Frankreich endgültig hinter sich ließen.

Als die tatsächlichen Extremisten, gegen die es leider noch keinen Radikalenbeschluß gebe, bezeichnete Jürgen Redhardt die kleine radikale Minorität der Produktionsmittelbesitzer und deren Helfershelfer.

Die DGB-Jugend errichtete auf dem Rathausplatz einen Informationsstand (unser Bild), an dem zahlreiche Diskussionen stattfanden.

DKP intern

Die DKP-Mörfelden nahm in der letzten Mitgliederversammlung ihren Arbeitsplan 73/74 an. Darin heißt es u.a.:

„Die im vierzehntägigen Rhythmus organisierten Vorstands- und Mitgliederversammlungen werden beibehalten. Die Mitgliederversammlungen können auch zu Bildungsthemen oder öffentlichen Veranstaltungen zu aktuellen Themen genutzt werden.

Jeden Monat wird der „blickpunkt" mit einem Informationsstand der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Werbung für und mit der UZ ist dazu zu gewährleisten."

Es ist vorgesehen, die kommunale Arbeit zu verbessern. So sind wieder regelmäßige „Kommunale Nachmittage" geplant. Für November und Dezember sind Hausbesuche festgelegt, bei denen besonders für die UZ geworben werden soll. Nicht vergessen wurde die Geselligkeit; für Mitglieder und Gäste soll „einiges organisiert" werden.

Der Bildungsarbeit wird großen Raum eingeräumt. So heißt es im Arbeitsplan:

„Das Bildungsprogramm sieht einen Einführungskursus in den Marxismus vor. Außerdem soll jeden Monat eine Veranstaltung zu einem im Bildungsplan unserer Partei vorgesehenen Thema erfolgen.

1. Die Organisationsprinzipien der DKP und das Ringen um die Erweiterung des Masseneinflusses der Partei
2. Wesen und Ursache der Inflation
3. Warum braucht die Arbeiterklasse starke, kämpferische Gewerkschaften?
4. „Demokratischer Sozialismus" — dritter Weg oder Variante prokapitalistischer Politik und Ideologie?
5. Bürgerliche und sozialistische Demokratie — Demokratie für wen?
6. Parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampf — Warum beteiligt sich die DKP an den Landtagswahlen?

Zu den Veranstaltungen wird öffentlich eingeladen."

Eigendruck Verantwortlich: Rudi Hechler, Mörfelden, Hochstraße 22